

DR. ANDREAS STARIBACHER  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

WIEN, DEN 18. August 1995

GZ. 11 0502/264-Pr.2/95

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

**XIX. GP.-NR**

1442 /AB

1995 -08- 2 1

**ZU** 1440 /J

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Josef Lackner und Kollegen vom 23. Juni 1995, Nr. 1440/J, betreffend Einführung einer sogenannten "Solidarabgabe", beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 2.:

Die Einführung einer "Solidarabgabe" ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geplant. Daher halte ich auch eine ausführliche Diskussion darüber derzeit nicht für sinnvoll.

Zu 3.:

Im Unterschied zur Steuerquote, die im internationalen Vergleich übrigens eher niedrig ist, enthält die Staatsquote auch direkte Leistungen des Staates sowie die Leistungen der Sozialversicherungsträger. Der Parameter Staatsquote ist daher im gegebenen Zusammenhang nicht aussagekräftig.

Zu 4.:

Mit einer höheren Belastung der Einkommen über 100 000 S als Einzelmaßnahme könnte keine größere Verteilungsgerechtigkeit erreicht werden.

Anlage



Nr. XIX. GP.-NR  
1440 /J  
1995 -06- 23

### A n f r a g e

der Abgeordneten Dr.Lackner  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Einführung einer sogenannten "Solidarabgabe"

Während die ÖVP die Einführung einer sogenannten  
"Solidarabgabe" stets abgelehnt hat, haben sich bedeutende  
Vertreter der SPÖ immer wieder für eine solche neue Belastung  
für die Bevölkerung ausgesprochen.

Insbesondere sind dabei die sozialistischen Gewerkschafter  
hervorzuheben. So hat beispielsweise der Vorsitzende der  
Gewerkschaft der Privatangestellten Hans Sallmutter einen  
5 %igen Steuerzuschlag für Einkommen über 100.000,- S gefordert.

Aber auch der Bundesgeschäftsführer der SPÖ Josef Cap hat  
betont, daß er sich die Einführung einer Solidarabgabe für  
"Reiche", eine Vollbesteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts  
bei Besserverdienenden oder eine Kombination beider Maßnahmen  
vorstellen kann.

Über die Belastungsvorschläge der sozialistischen Gewerk-  
schafter ging der Klubobmann der SPÖ Peter Kostelka noch  
hinaus. Er glaubte, in der SPÖ eine Mehrheit für eine  
Solidarabgabe erkennen zu können und trat daher für eine solche  
Steuer ab einem Einkommen von 50.000,- S mit einer  
Einschleifregelung bis 70.000,- S ein, wobei die Höhe der  
Abgabe 5 % betragen sollte.

-2-

Auch Sie, Herr Finanzminister, äußerten nach Ihrem Amtsantritt des öfteren neue Belastungspläne für die österreichische Bevölkerung.

Vor diesen Hintergrund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

- 1) Planen Sie die Einführung neuer Steuern oder die Erhöhung bereits existierender Abgaben, insbesondere unter dem Titel "Solidarabgabe"?
- 2) Wie stehen Sie zu den Forderungen prominenter SPÖ-Vertreter nach der Einführung einer "Solidarabgabe"?
- 3) Sind Sie der Meinung, daß im Hinblick auf die im internationalen Bereich ohnehin schon sehr hohe Staatsquote, die Einführung neuer steuerlicher Belastungen zu verantworten wäre?
- 4) Glauben Sie, daß durch eine höhere Belastung der Einkommen über 100.000,- S eine größere Verteilungsgerechtigkeit in Österreich erreicht werden kann?